

Duisburg nimmt Abschied

Tausende trauern bei Gedenkfeiern um die Opfer der Loveparade



Trauer. Mit einem Meer von Kerzen an der Unglücksstelle erinnerten die Menschen in Duisburg an die Opfer. Foto Keystone

ANNIKA JOERES

Bewegende Szenen spielten sich am Wochenende ab, als in Duisburg viele Menschen der 21 Toten und 500 Verletzten gedachten.

Einundzwanzig Kerzen brannten, einundzwanzig schwarze Luftballons liessen die Trauernden in den Himmel steigen. Duisburg suchte eine Woche nach der tödlichen Tragödie auf der Loveparade nach Gesten und Worten, um der Toten zu gedenken. Die Spitzen des deutschen Staates und Angehörige nahmen am Samstag an einem ökumenischen Trauergottesdienst teil, Tausende Bürger verfolgten die Veranstaltung auf Bildschirmen im Duisburger Stadion. Nur rund

1000 Meter entfernt hatte eine Woche zuvor eine Massenpanik unter den Besuchern der Technoparade 21 Menschen das Leben gekostet, mehr als 500 Personen wurden verletzt.

MIT BRÜCHIGER STIMME. Viele der rund 500 Trauergäste in der gotischen Kirche rangen immer wieder um Fassung. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sprach nach dem religiösen Teil Worte des Gedenkens. Die Politikerin hat in den vergangenen Tagen selbst mit vielen Angehörigen von Opfern geredet. Auch ihr Sohn war auf der Loveparade. Mit brüchiger Stimme bekannte sie: «Ich fühle selbst, wie schwer es ist, sich



Adolf Sauerland.

Sauerland blieb aus «Pietät» vor den Angehörigen der Trauerfeier fern. Er wollte nicht «provizieren», hatte er einige Tage zuvor behauptet. Der Christdemokrat wirkte in den wenigen Interviews der vergangenen Tage wie versteinert. Gegen alle Ratschläge auch seiner eigenen Parteifreunde weigert er sich bislang, sein Amt niederzulegen. Dabei

nach einer solchen Woche wieder dem Leben zuzuwenden.»

Nur einer fehlte beim Gottesdienst: Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland steht an der Spitze einer Stadtverwaltung, die offenbar systematisch Regelungen umging und die Loveparade trotz grosser Bedenken erlaubte. Letztlich ist der Oberbürgermeister nur eine tragische Randfigur im grossen Drama der Loveparade. Denn das Stück geschrieben haben die Strippenzieher des gesamten Ruhrgebietes. Seitdem die Zechen sterben und die Stahl-Malocher weniger werden, sucht das Revier

richtet sich die Wut und Verzweiflung der Duisburger und der Angehörigen der Opfer vorwiegend gegen den 55-jährigen. Sauerland erhält Morddrohungen und wird von Leibwächtern begleitet.

Sauerland steht an der Spitze einer Stadtverwaltung, die offenbar systematisch Regelungen umging und die Loveparade trotz grosser Bedenken erlaubte. Letztlich ist der Oberbürgermeister nur eine tragische Randfigur im grossen Drama der Loveparade. Denn das Stück geschrieben haben die Strippenzieher des gesamten Ruhrgebietes. Seitdem die Zechen sterben und die Stahl-Malocher weniger werden, sucht das Revier

eine alternative Bestimmung. Gefunden haben sie diese in immer neuen Grossevents. Für die bislang erfolgreichste Veranstaltung der Kulturhauptstadt 2010 in Essen wurde die gesamte Autobahn 40 gesperrt und drei Millionen Menschen radelten auf dem sechsspurigen Betonweg.

TRAGISCHES ENDE. Seit zwei Jahren avancierte die Technoparade zum wichtigsten Projekt von Sauerland. Jetzt hat die Loveparade ein tragisches Ende gefunden und auch Sauerland hat kaum noch eine politische Zukunft vor sich. Gegen alle Bedenken hatte er sich für die Tanzparade eingesetzt. Persönlich wurde er bei der damals noch schwarz-gelben Landesregierung vorstellig, um Geld für das Ereignis locker zu machen. Ihm fiel es schwer, die Grenzen seiner Stadt zu akzeptieren.

Duisburg ist nicht nur vermutlich zu klein für ein Massenereignis im Zentrum, sondern auch notorisch pleite. In den Tagen nach der Tragödie fand Sauerland nicht die richtigen Worte. «Individuelles Fehlverhalten» hatte er in einer spontanen Reaktion direkt nach dem Unglück für die Todesfälle verantwortlich gemacht. Eine absolute Fehleinschätzung.

Noch hat niemand Fehler eingestanden. Weder die Polizei noch Veranstalter Rainer Schaller, hauptberuflich Besitzer einer Kette von Billig-Fitnessstudios, haben sich entschuldigt. Noch immer ist letztlich ungewiss, ob falsche Entscheidungen am Unglückstag die Todesfälle verursachten oder zuvor erteilte fehlerhafte Genehmigungen die Katastrophe heraufbeschworen. Möglicherweise trifft beides zu. Die verantwortliche Kölner Polizei ermittelt immer noch gegen unbekannt.

nachrichten

Uribe schlägt versöhnliche Töne an

BOGOTA. Im Streit mit Nachbar Venezuela bemüht sich Kolumbien um Deeskalation. «Kolumbien hat niemals daran gedacht, den Bruderstaat anzugreifen», erklärte der scheidende kolumbianische Präsident Uribe. Erst am Freitag hatte sein venezolanischer Kollege Chávez Truppen an die Grenze verlegt. Vor einer Woche hatte Chávez für das Grenzgebiet höchste Alarmbereitschaft angeordnet und damit auf Vorwürfe reagiert, er dulde kolumbianische Farc-Rebellen auf venezolanischem Gebiet. Nun sollen die Aussenminister beider Länder den Streit schlichten. SDA

Wilders unterstützt Minderheitsregierung

DEN HAAG. In den Niederlanden wird der Islamkritiker Geert Wilders voraussichtlich einer rechten Minderheitsregierung die Mehrheit im Parlament sichern. Sieben Wochen nach den Wahlen teilten die liberale VVD und die Christdemokraten der CDA mit, es sei mit Wilders vereinbart worden, dass seine Partei für Freiheit (PVV) einer Regierung der beiden Parteien die nötige Mehrheit verschaffen werde. Die Verhandlungen würden in den kommenden Tagen beginnen. Die PVV soll aber kein Ministeramt erhalten. DPA



Eskalation im Gazastreifen

TEL AVIV. Als Reaktion auf den anhaltenden Raketenbeschuss militanter Palästinenser haben israelische Kampfflugzeuge erneut Ziele im Gazastreifen angegriffen. In der Nacht zum Sonntag wurden zwei Schmugglertunnel im Süden des Palästinensergebiets beschossen. Berichte über mögliche Opfer gab es nicht. Wenige Stunden vor den Angriffen war ein Gemeindezentrum in der israelischen Grenzstadt Sderot von einer aus dem Gazastreifen abgefeuerten Rakete getroffen worden. An dem Gebäude entstand Sachschaden (Foto), verletzt wurde aber niemand, hiess es. SDA

Klimagespräche stecken in der Sackgasse

Für Fortschritte fehlen die Voraussetzungen – weder Führung noch Vertrauen sind vorhanden

CHRISTIAN MIHATSCH

Die Industriestaaten haben den Entwicklungsländern in Kopenhagen Milliarden versprochen. Nun wollen Letztere das Geld sehen, bevor sie weiteren Versprechungen Glauben schenken.

«Vertrauen» und «Führung» sind die beiden Zauberworte, die den Abschluss eines Weltklimavertrags ermöglichen sollen. Diese Woche treffen sich in Bonn erneut Klimadiplomaten aus der ganzen Welt, um die Verhandlungen im Dezember vorzubereiten. Doch sowohl hinsichtlich des Vertrauens zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als auch hinsichtlich der Führung durch die EU, die USA oder eine Gruppe von Staaten haben die Verhandlungen einen Tiefpunkt erreicht.

Der einzige Lichtblick: Die wissenschaftliche Grundlage der Verhandlungen ist solide. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden diverse Fehler in den Berichten des Forschungsgremiums IPCC entdeckt. Daraufhin wurde die Arbeitsweise des Gremiums von unabhängigen Experten begutachtet. Diese kamen zum Schluss, dass die Kernaussagen der IPCC-Berichte stimmen.

Um zu verhindern, dass die Klimaerwärmung katastrophale Schäden verursacht, muss diese auf maximal zwei Grad begrenzt werden. Das Problem: Mit den bislang gemachten Zusagen zur Reduktion der CO₂-Emissionen erwärmt sich das Klima um 3,9 Grad. Und das Zeitfenster, um das Zwei-Grad-Ziel doch noch erreichen zu können, schliesst sich schnell.

In einer solchen Situation ist Führung gefragt. Doch keiner will führen. In den USA ist gerade das Klimagesetz gescheitert und die EU kann sich nicht entscheiden, ob sie ihr CO₂-Reduktionsziel für das Jahr 2020 von minus 20 auf minus 30 Prozent erhöhen soll. Andere Kandidaten für die Führungsposition gibt es nicht.

Bleibt also «Vertrauen». Seit Beginn der internationalen Klimaverhandlungen im Jahr 1992 sind diese durch den Gegensatz zwischen Entwicklungs- und Industrieländern geprägt. Beide Ländergruppen gehen davon aus, die andere Gruppe versuche sie über den Tisch zu ziehen. Statt miteinander zu kooperieren, setzen sie daher auf Konfrontation. Dadurch verlieren alle und sie wissen es sogar. Überwinden lässt sich das Dilemma nur durch Vertrauen. Doch wo soll dieses Vertrauen herkommen, wenn es sich in den letzten 20 Jahren schon nicht finden liess?

ANPASSUNG. Der Schlüssel ist wie so oft Geld. Die meisten Beobachter stimmen darin überein, dass die Industriestaaten ihre Versprechen aus Kopenhagen nun umsetzen müssen, um das nötige Vertrauen aufzubauen. In der dänischen Hauptstadt haben die reichen Länder versprochen, für die Jahre 2010 bis 2012 je zehn Milliarden Dollar bereitzustellen und ab 2020 gar 100 Milliarden Dollar pro Jahr zu investieren, für Anpassungen an den Klimawandel und zur Reduktion von Treibhausgasen in Drittweltländern. Und jetzt wollen die

Entwicklungsländer das Geld sehen, bevor sie weiteren Versprechungen der Industriestaaten Vertrauen schenken.

STILLSTAND IN DEN USA. Doch die Industriestaaten machen keinerlei Anstalten, ihre Zusagen auch umzusetzen. So dürfte den Entwicklungsländern nicht entgangen sein, dass Deutschland die dafür vorgesehenen Gelder aus dem Haushalt 2011 gestrichen hat. Und in den USA ist völlig unklar, woher das Geld kommen soll. Teil des Klimagesetzes war nämlich eine Versteigerung von Verschmutzungsrechten. Ein Teil dieser Einnahmen hätte zur Deckung des amerikanischen Anteils am 100-Milli-

arden-Fonds dienen sollen. Doch ohne Gesetz keine Versteigerung und ohne Versteigerung keine Einnahmen.

Vertrauen und Führung sind wohl tatsächlich die beiden Schlüsselfaktoren für einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss. Doch derzeit mangelt es an beidem. Und so werden sich die Klimadiplomaten in Bonn darüber unterhalten, ob nicht zumindest ein Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 verhindert werden kann. Diskutiert wird derzeit eine Verlängerung um ein oder zwei Jahre. Wie das UNO-Klimasekretariat aufgezeigt hat, bedarf es dazu aber einiger Verfahrenstricks. Ob dadurch das Vertrauen gestärkt wird?

Die neue Klima-Chefin

CHRISTIANA FIGUERES. Die Verhandlungen dieser Woche werden zum ersten Mal unter der Leitung von Christiana Figueres (54), geführt, der neuen Chefin des UNO-Klimasekretariats UNFCCC. Die Costa Ricanerin hat Anfang Juli die Nachfolge des Holländers Yvo de Boer angetreten. Figueres kennt die Verhandlungen gut, da sie bereits seit 15 Jahren dabei ist. Als Vertreterin eines Entwicklungslandes verbindet sich mit ihr die Hoffnung, dass sie den Graben zwischen reichen und armen Ländern zu überbrücken vermag. Umweltorganisationen hoffen zudem, dass das Beispiel Costa Ricas Schule macht.

Der Staat will bis 2021 klimaneutral werden und gilt als «grünstes» Land der Welt. Figueres entstammt einer berühmten costa-ricanischen Politikerfamilie. Ihr Vater war der Anführer der costa-ricanischen Revolution im Jahr 1948 und dreimal Präsident des mittelamerikanischen Staates. Und auch ihr älterer Bruder war bereits Staatspräsident. In Bonn, dem Sitz des UNO-Klimasekretariats, dürfte sich Figueres zu Hause fühlen. Sie hat in den 1980er-Jahren an der dortigen Botschaft ihres Landes gearbeitet und spricht fließend Deutsch. Figueres ist mit einem deutschen Weltbank-Diplomaten verheiratet und hat zwei Töchter. mic

Russland setzt Regierungskritiker fest

MOSKAU. Russische Sicherheitskräfte haben am Samstag zwei Oppositionskundgebungen in Moskau und St. Petersburg gewaltsam aufgelöst. Rund hundert Oppositionelle wurden vorläufig festgenommen. Die Menschenrechtsaktivisten forderten mit ihrer Aktion das Recht auf Versammlungsfreiheit. Sie organisieren an jedem 31. im Monat Proteste, um an Artikel 31 der Verfassung zu erinnern, der das Recht auf Demonstrationen garantiert. SDA

Kämpfe in Jemen weiten sich aus

SANAA. Im Norden des Jemens eskaliert der Kampf zwischen den schiitischen Rebellen und Regierungstruppen. Die schiitischen Houthi-Rebellen haben nach Behördenangaben 228 Soldaten und regierungstreue Stammeskämpfer verschleppt und 100 davon wieder freigelassen und zwei Vertreter eines Friedenskomitees übergeben. Das Komitee soll die Möglichkeiten eines Waffenstillstands zwischen den Rebellen und den Regierungstruppen ausloten. SDA